

Warum die Rechtsparteien gewinnen werden

Analyse. Die große Unsicherheit der Menschen führt zum Erstarken der Rechtsparteien. Diese verschweigen, wie viel Europa erreicht hat. Nicht Populismus löst die Probleme, sondern „disruptive Innovation“ im Sinn Joseph Schumpeters. Überlegungen zu den bevorstehenden EU-Wahlen.

VON KARL AIGINGER

Warum gewinnen Rechtsparteien? Nach den Umfragen wegen der großen Unsicherheit der Menschen. Es ändert sich so viel auf einmal. Krieg in der Ukraine und im Nahen Osten. Es gibt keine dominierende Weltmacht mehr, die USA konnte die Rolle nicht übernehmen. Das autoritäre China ist auf dem Weg nach oben. Der Klimawandel ist spürbar. Und es gibt eine Zersplitterung der Diskussion durch soziale Medien. Jede und jeder kann sich ihr oder sein Weltbild dort bestätigen lassen.

Gibt es Programme? Die Rechtsparteien - damit sind radikale Fraktionen gemeint wie EKR (Europäische Konservative und Reformer) und ID (Identität und Demokratie) auf europäischer Ebene, weil sie alte Verhältnisse und nationale Entscheidungen wiederbringen sollen - versprechen weniger „Europawahnsinn“, mehr Patriotismus. Bei der ganz rechten Fraktion der ID sind die

FPÖ und die AFD dabei, bei der gemäßigten EKR die italienische Fratelli d'Italia und die polnische PIS.

Dabei verschweigen die Rechtsparteien, wie viel Europa erreicht hat. Es gibt Frieden in der EU, in einem zerstrittenen Kontinent. Hier gab es vor fünfzig Jahren noch Bomben in Südtirol, zweisprachige Ortsschilder in Kärnten wurden heruntergerissen, der Eiserner Vorhang verhinderte Migration. Europa hat dafür den Friedensnobelpreis bekommen. Konfliktlösungen am Westbalkan sind mühsam und langsam, aber Völkermord gibt es auch nicht mehr. Länder und Provinzen mit geringem Einkommen haben aufgeholt, das Burgenland hat durch unsere EU-Mitgliedschaft viel investieren können.

Es gibt wieder Krieg in Europa durch die Aggression Russlands in der Ukraine. Auch ein zweiter Krieg ist nicht weit weg, weil Israel sein Gebiet durch Siedlungen ausdehnt und die Hamas den Konflikt für Terror ausnutzt. Da könnte Europa als Ver-

mittler auftreten, wenn es selbst einig wäre. Beide Kriege werden nicht durch einfache Lösungen zu beenden sein, nur durch komplizierte Verhandlungen, Kompromisse und Geld für den Wiederaufbau („Marshallplan“).

Diktator in Amerika

Und was macht Amerika? Der „Economist“ überlegt, ob die Wiege der Demokratie von einem Diktator eingenommen werden kann. Natürlich nicht von außen, sondern von einem Präsidenten, der alle Ausnahmerechte nutzt, die ihm die Verfassung gibt. Es dürfe zu viele Gegenkräfte gegen einen Diktator in den USA geben, aber man soll Populismus nicht unterschätzen. Dazu zählen auch Zölle von 100 Prozent auf chinesische Elektroautos, die ohnehin kaum importiert werden und eigentlich positiv für die USA wären, weil sie billig sind und dem Trend zu großen SUVs gegensteuern würden. Und was macht China? Es versucht leichte Gebietsveränderungen durch

Grenzverschiebungen im Meer und Flüge in der Nähe von Taiwan; heute soll wahrscheinlich nur gezeigt werden, dass China anders sein könnte. Fehlende Rohstoffe werden durch Investitionen in ärmere Staaten beschafft, mit Verschuldung derselben bei „privaten“ chinesischen Banken. Damit bleibt ihre Höhe unbekannt, und das erhöht langfristig den Druck, den China ausüben kann. Das gilt auch für den Hafen von Piräus in Griechenland.

Was kann Europa machen? Innovationen, hier liegen wir hinter unseren Plänen seit Jahrzehnten zurück. Innovationen müssen heute auch dem Klimawandel, der verbleibenden Armut und der Vererbung von Bildungschancen entgegenwirken. Sie sollen radikal und gesellschaftsverändernd sein. Das bedarf einer starken Beteiligung der Bevölkerung und der Parteien. Alle müssen mit ihren Nachbarn sprechen, den nahen und den fernen im Nahen Osten und Afrika. Migration darf nicht verhindert werden, wir

brauchen sie, weil unsere Gesellschaft sonst altert und Pflege, aber auch Tourismus leidet - wie sich an Japan zeigt, das vor dreißig Jahren Technologieführer war, heute vergreist ist und keine Chancen gegen China hat. Dieses hat durch Ein-Kind-Politik allerdings auch eine schrumpfende Bevölkerung. Wer gegen Migration ist, soll überlegen, wie seine Eltern gepflegt werden sollen und wohin er oder sie auf Urlaub fährt.

Nicht Populismus löst unsere Probleme, er ermöglicht auch kein angenehmes Leben und Frieden. Wir brauchen „disruptive Innovationen“, wie Joseph Schumpeter geschrieben hat, das sind solche, die nicht auf alten Pfaden kleine Schritte weitergehen, sondern neue Wege beschreiten. Wenn wir etwas Neues wollen, müssen wir Partner finden, mit denen wir diese durchziehen. Das sollten wir bei der EU-Wahl bedenken.

Karl Aiginger ist Direktor der Europaplattform Wien-Brüssel, lehrt an der WU Wien. Er leitete das Wifo.